

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/154

16. August 1971

Die Schüsse von München

Änderung der geltenden Bestimmungen dringend
notwendig

Von Martin Hirsch SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Die Überraschung aus Washington

Neue Lage nach den Währungsbeschlüssen
der Regierung Nixon

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Aktuelle Reportage im SPD-Pressediens

Polnische Impressionen 1971

Seite 5 und 6 / 101 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9183
Pressefach I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 22 846/336 347/
186 648 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Schüsse von München

Änderung der geltenden Bestimmungen dringend notwendig

Von Martin Hirsch SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Das Verhalten der Staatsanwaltschaft und der Polizei bei ihrem Vorgehen gegen Münchener Bankräuber ist Gegenstand einer öffentlichen Diskussion, die seit den tödlichen Schüssen unvermindert anhält.

Zunächst geht es dabei um die Frage, ob überhaupt geschossen werden darf, wenn das Leben von Geiseln gefährdet ist. Die Münchener Verantwortlichen haben sich insoweit auf den Notwehrparagrafen des Strafgesetzbuches berufen, der auch die Abwehr eines Angriffes erlaubt, der gegen einen anderen als den Abwehrenden gerichtet ist. Doch dieser § 53 des Strafgesetzbuches rechtfertigt nur die Verletzung des Angreifers, nie die des Opfers. Nun kann es freilich Situationen geben, in denen ein Mensch so bedroht ist, daß man auch seine Gefährdung in Kauf nehmen muß, um überhaupt noch eine Rettungschance wahrnehmen zu können. Dann muß der Helfer - z.B. der Polizist - die zu bekämpfende Gefahr und die durch die Hilfsaktion drohende Gefahr gegeneinander abwägen. Ist die letztgenannte Gefahr objektiv geringer, so ist sein Eingreifen auch dann gerechtfertigt, wenn es zu einer Verletzung des Bedrohten führt. Die Juristen begründen dies mit dem Gesichtspunkt des "übergesetzlichen Notstandes" oder des "erlaubten Risikos".

In einem solchen Fall kann vernünftigerweise auch den Gesetzen über den polizeilichen Waffengebrauch, die den Einsatz von Schusswaffen bei Gefährdung Dritter verbieten, nichts anderes entnommen werden. Denn der, dem geholfen werden soll, ist dann kaum als "Unbeteiligter" im Sinne dieser Gesetze anzusehen.

Der Schusswaffengebrauch kann also erlaubt sein. Ob er es freilich in München auch war, ist äußerst fraglich. Die Zweifel beginnen schon bei der Einschätzung der akuten Gefährdung der Geisel Ingrid Reppel, für die kaum mehr als Vermutungen zu sprechen schienen. Die Gefährdung der Öffentlichkeit und anderer Geiseln konnte die Schüsse, die Ingrid Reppel treffen konnten, nicht rechtfertigen. Vor allem aber war es wohl kaum zu verantworten, Maschinenwaffen einzusetzen, die Präzisionsschüsse gar nicht zulassen.

Abgesehen von diesen konkreten Zweifeln an der getroffenen Entscheidung ist von besonderem Interesse die Frage, wie der

Gesetzgeber sichern kann, daß solche Entscheidungen von dem gefällt werden, der für sie am besten qualifiziert ist. Das ist, wie ich meine, nicht der Staatsanwalt, sondern der erfahrene leitende Polizeibeamte, der von Berufs wegen Möglichkeiten und Risiken des Waffeneinsatzes besser abschätzen kann.

In München hat hingegen der Oberstaatsanwalt Sechser die Befehlsgewalt frisch an sich gezogen und dabei auf den § 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes gepocht, der dem Staatsanwalt ein Anordnungsrecht gegenüber Polizisten verleiht, soweit sie "Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft" sind. Ich will mich in diesem Zusammenhang nicht damit befassen, daß Polizeipräsident Dr. Schreiber und Oberstaatsanwalt Sechser noch im Mai und Juli in der Zeitschrift "Kriminalistik" darüber gestritten haben, ob § 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes insgesamt zweckmäßig ist. Es sei nur angemerkt, daß es nicht zuletzt im Interesse des Beschuldigten liegt, wenn das Ermittlungsverfahren in der Hand eines Staatsanwaltes verbleibt. Die Auffassung des Oberstaatsanwalts hat insofern also manches für sich - wobei zu hoffen ist, daß Sechser die Münchener Ereignisse nicht zum Anlaß nahm, die Richtigkeit seiner Auffassung auch in der Praxis zu demonstrieren.

Man muß aber erkennen, daß § 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes auf keinen Fall vom Staatsanwalt dazu benutzt werden darf, Aufgaben der Gefahrenabwehr an sich zu reißen, für die er nicht qualifiziert ist und die seit jeher der Polizei obliegen. Hier endet die Gehorsamspflicht der Polizeibeamten gegenüber dem Staatsanwalt. Freilich wird der Polizeibeamte, der im Einzelfall nicht weiß, wem er gehorchen soll - der Polizeipräsident ist nie Hilfsbeamter des Staatsanwalts -, diese Abgrenzung selten vollziehen können. Man sollte daher klare Verhältnisse schaffen und § 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes dahingehend ändern, daß die Polizeibehörde mitentscheiden muß, wenn geschossen werden soll und dadurch andere als der Straftäter gefährdet zu werden drohen. Bedenken der Polizei sollten nicht aus Loyalität gegenüber dem Staatsanwalt zurückgestellt werden. Vielleicht wären die Schüsse von München nicht gefallen, wenn Dr. Schreiber nicht an die Entscheidungsbefugnis des Oberstaatsanwalts geglaubt hätte.

(-/ee/16.8.1971/ks)

+ + +

Die Überraschung aus Washington

Neue Lage nach den Währungsbeschlüssen der Regierung Nixon

Die Regierung Nixon, der noch eine große renommierte deutsche Tageszeitung am letzten Wochenende in ihrem Wirtschaftsteil nachsagte, sie verfolge in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Politik des Abwartens und Gehenlassens, hat sich zur Überraschung der ganzen Welt in der Nacht zum Montag zu wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen entschlossen, deren Tragweite noch unübersehbar ist. Sie stürzte die Geldbörsen in einen Zustand der Verwirrung und Ratlosigkeit.

Richard M. Nixon mußte angesichts der aus vielen Ursachen begründeten Schwäche des Dollars handeln, wollte er nicht Gefahr laufen, daß die Nöte der amerikanischen Wirtschaft sich ins Unendliche steigern. Inflation und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichnen in den USA eine Lage, die keine verantwortliche Regierung sich selbst überlassen kann. Sie forderte zur Aktivität geradezu heraus. Die Eingriffe in das Wirtschafts- und Finanzgefüge sind wohl die schmerzlichsten in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte. Sie sollen dazu dienen, aus dem Teufelskreis von Inflation und Arbeitslosigkeit, die wie wohl kaum andere Plagen die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern, wieder herauszukommen, um Wirtschaft und Währung gesunden zu lassen.

Wirtschafts- und Finanzvorgänge in einem Staat von dem Gewicht der Vereinigten Staaten bleiben nicht ohne Rückwirkungen für alle den Welthandel betreibenden Industrienationen. Das bisherige internationale Weltwährungssystem mit dem Dollar als Leit-

währung ist schwer angeschlagen, es funktioniert nicht mehr. Dem Dollar haben sich viele Türen verschlossen, bedeutende Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, waren zu Sonderregelungen gezwungen, wollten sie nicht vom Seg des Dollars mitgerissen werden und ihre eigene Stabilitätspolitik gefährden. Leider war ein konzentriertes Vorgehen der betroffenen Staaten nicht zu erreichen gewesen.

Die Beschlüsse von Washington schaffen nun eine völlig neue Situation und sie bieten gleichzeitig eine Atempause an, die allen Mitgliedern des Internationalen Währungsfonds die Gelegenheit geben sollte, auf Grund der neuen Begebenheiten einen neuen Ausgleich im internationalen Währungsgefüge anzustreben. Die gegenseitige Abhängigkeit aller nichtkommunistischen Industrienationen schließt auf die Dauer Einzelgängertum aus. Die Maßnahmen der Regierung Nixon erschweren zwar nun den Welthandel, doch dürfte dies gerade auch ein Ansporn für alle zur Neubesinnung sein. Die Hilflosigkeit des Anfangs der Dreißigerjahre, als jeder Staat versuchte, seine wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten auf seine Weise und auf Kosten anderer zu lösen, wird freilich nicht wieder eintreten. Dafür hat sich das Bewußtsein, daß alle im Welthandel tätigen Völker in einem Boot sitzen, glücklicherweise stark entwickelt. Auch braucht man sich nicht mehr auf die mühsame Suche nach unbekanntem Pfaden zu begeben.

Bekannt Wege sowie wirtschafts- und währungspolitisches Instrumentarium bieten sich heute an, es braucht nur den Mut, beides zu benutzen. Darum wird es in den nächsten Monaten gehen. Die Entwicklung ist in einem raschen Fluß und verlangt aktives Handeln aller, die im blühenden Welthandel eine Quelle der Wohlfahrt aller sehen.

(ae/ex/16.8.1971/ks)

+ + +

Aktuelle Reportage im SPD-Pressedienst

Polnische Impressionen 1971

Die Polen-Reise, über die hier berichtet wird, dauerte von Bonn bis Bonn etwa drei Wochen, der Tachometer zeigte zum Schluß rd. 5.000 Kilometer, die Fahrt ging hin über Prag, dann rund um das Land und zurück über Ost- und Westberlin. Der Staat, die Partei, Fremde und Freunde ermöglichten volle Bewegungsfreiheit und jeden Kontakt. Der Bericht versucht, Impressionen unmittelbar aus dem Erleben zu zeichnen.

Erhardt Eckert

Kampf um höheren Lebensstandard

Die Schachtanlage im grünen Süden von Kattowitz ist modern. Sie ist erst ein paar Jahre in Betrieb. Manches ist trotzdem schon wieder überholt. Der Technische Direktor, der nach zehn Minuten zeitraubender Hin- und Herübersetzung ohne Übergang ein hervorragendes Deutsch spricht, führt uns durch den ganzen Betrieb und informiert bis ins letzte Detail. Trotzdem ist fotografieren streng verboten. Wie übrigens in allen Industriewerken, in die sich sonst immer bereitwillig die Tore öffnen. Manchmal, wie bei der imposanten Schiffsturbinenfabrik in Posen, freilich erst nach schriftlicher Genehmigung durch irgendeine hinter Buchstaben verschlüsselten Polizeibehörde. Sonst kann man in Polen fotografieren, wie einem ums Herz ist. Bis auf Militär und Militäranlagen und Brücken und Eisenbahnen und dieses und jenes und dieses. Was solls. Das ist anderswo, nicht nur im Osten, auch so. Ich habe einen ganzen Stoß von Filmen mit nachhause gebracht, eine Fundgrube an schönen Städte- und Landschaftsaufnahmen, eine Fundgrube an schönen Erinnerungen.

Das Schiffsturbinenwerk in Posen ist grandios. Der junge technische Generaldirektor spricht ein fließendes schwyzer Dütsch, er war lange Zeit in der Schweiz tätig gewesen. Das Werk hat die europäische Konkurrenz überholt, auch die westdeutsche, und ist auf viele Jahre hinaus ausgebucht. Die haushohen Turbinen werden in die ganze Welt geliefert, Qualitätsarbeit von Weltstandard. Der Direktor und seine Mitarbeiter nehmen sich viel Zeit, uns alles zu zeigen, was sie zu zeigen haben. Die zwei Stunden, die eingeplant waren, verdoppeln sich. Der Personalchef, doppelt so alt wie sein technischer Kollege, bedauert, nicht gut genug deutsch sprechen zu können. Wenn dem Techniker aber irgendein Wort, ein Begriff fehlt, hilft der Personalmann immer selbst rasch aus. Die Hauptsorge ist der Nachwuchs. Das Werk stellt Kindergärten und Schulen und Stipendien und Urlaub und Kulturveranstaltungen und Werkswohnungen und Werksläden zur Verfügung. Das Werk wirbt um die Arbeiter und um deren Söhne, denen man den Aufstieg ermöglicht. Das Werk braucht erstklassige Facharbeiter und hochrangige Ingenieure und clevere, welterfahrene Kaufleute. Der Personalchef ist unversehens ins Deutsche hineingeraten. Der Technische Direktor lächelt.

Es ist ein hochinteressantes Gespräch, das auch die Kooperationsmöglichkeiten mit einbezieht. Das Thema taucht immer wieder auf: Der möglichst enge Kontakt mit dem Westen gilt als ein Muß, das mit allen Mitteln realisiert zu werden hat. Der Kontakt mit dem Osten ist selbstverständlich, nicht mehr betonenswert. Mit der

UdSSR, vor allem mit der DDR, die man technisch bewundert und beneidet. Irgendwann einmal, in Posen oder in Stettin oder in Kattowitz, es hätte überall sein können, fließt eine Randbemerkung vorbei: Nicht auszudenken, wenn die beiden Deutschland wiedervereinigt wären. Die Verträge von Görlitz, 1950, und von Warschau, 1970, sind so auch eine Art Rückversicherung. Man weiß zwar, daß es da nichts voll einzuholen geben kann. Aber um den Anschluß ringt man nach besten Kräften. Die Pläne sind überehrgeizig und manchmal nur noch unter dem übriggebliebenen Vorzeichen einer gomulkaesken Totalplanwirtschaft zu verstehen. Das Vorrücken der Manager und Experten in die Schaltstellen in Warschau und in Kattowitz und in Stettin und in Posen läßt erwarten, daß der nüchterne Sachverständige des Schlesiens Edward Gierek breiteste Unterstützung bekommen kann. Stetiges Vorrücken, Erfolg auf breiter Bahn, auch im Ausland, nach Westen, verlangt frische Luft und langen Atem. Es gab viele Gesprächspartner, die dies als selbstverständlich einkalkulierten. Sie möchten für Polen einen dicken Zipfel Weltstandard erobern: In der ganzen Wirtschaft, nicht nur in Einzelbereichen. Man sollte da sorgfältig hinsehen und gut beobachten.

Deutsche in Schlesien

Die Frau wohnt irgendwo im schlesischen Industriegebiet, das so grün ist, wie das Ruhrgebiet, wo man auch nicht so viel grün erwartet hatte, als man zum ersten mal dorthin gekommen war. Eine Deutsche. Sie hatte das Bonner Nummernschild nicht gesehen und ist freudig erstaunt, mit uns deutsch reden zu können. Sie will zu ihrem Mann, der im Kreiskrankenhaus liegt. Sie haben noch Verwandte im Westen, und sie war schon mal bei ihnen zu Besuch gewesen. Sie trägt ein Kleid aus einem westdeutschen Kaufhaus. Aus ihrem Ort haben sich viele Freunde und Bekannte zur Umsiedlung angemeldet, und es geht jetzt eigentlich ganz schnell mit der Ausreise. Sie will bleiben, die Kinder haben ganz brauchbare Positionen und verdienen auch gut. Der Mann, kriegsverletzter deutscher Soldat, bekommt eine DM-Rente aus der Bundesrepublik. Jetzt sind plötzlich ein paar Mark weniger, sie weiß nicht warum.

Und dann hoffen sie doch sehr, daß "der Vertrag" sich irgendwie und irgendwann auf das ganze Leben positiv auswirkt. Wenn die Grenzen sicher sind, werden sie auch aufgemacht werden. Warum sollte das nicht möglich sein: "Ihr habt den Brandt, der macht das schon bei Euch, und vielleicht haben wir hier Glück mit dem Gierek, der kommt ja auch aus Schlesien, wie wir. Der versteht, was wir brauchen. Bloß teurer dürfte nichts werden, es ist so schon alles teuer genug, bis die Mieten und auf die Grundnahrungsmittel, sicher, und auf die Bahnen und den Bus. Ja, natürlich und das Krankenhaus. Mein Gott, was das bei Euch kostet, dieses Kranksein und dieses Gesundwerden! Meine Schwester in Dortmund, als die im vorigen Jahr krank war.."

Ich stoppe vor dem Krankenhaus. Die Frau drückt rum: "Danke scheen un alles gutte un gutte Hejmfahrt". Und wenn sie mal nach Dortmund kommen. Und wieviel kostets denn? Was soll was kosten? Nun, daß sie mich mitgenommen haben. Wir haben große Mühe, ihr die Zlotyscheine wieder in die Hand zurückzudrücken. Dann wirkt sie uns lange nach.

+ + +

(1. Fortsetzung folgt am 17. August 1971)